



PRESSEINFORMATION

05 / 2018
8. März 2018

**Bundesvereinigung
Bauwirtschaft**

Kronenstraße 55-58
10117 Berlin

Tel.: 030 203 14-409

Fax: 030 203 14-420

eMail: bau@zdb.de

www.bv-bauwirtschaft.de

Verantwortlich für Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit:
Dr. Ilona K. Klein

Statement

von

Karl-Heinz-Schneider

Vorsitzender Bundesvereinigung Bauwirtschaft

anlässlich der

Pressekonferenz der Bundesvereinigung Bauwirtschaft

am 8. März 2018

im Rahmen des Medientags
zur Internationalen Handwerksmesse
in München

Es gilt das gesprochene Wort

Sendesperrfrist: 8. März 2018, 10.00 Uhr



Bundesinnungsverband
des Gebäudereiniger-
Handwerks



Bundesverband des
Schornsteinfeger-
handwerks



Bundesverband
Farbe Gestaltung
Bautenschutz



Bundesverband Garten,
Landschafts- und Sport-
platzbau e.V.



Bundesverband
Geniebau



Bundesverband Metall -
Vereinigung Deutscher
Metallhandwerke



Deutscher
Holzfertigbau-Verband e.V.



Bundesverband
Rollläden +
Sonnenschutz e.V.



Verband Deutscher Kälte-
Klima-Fachbetriebe e.V.



Tischler Schreiner
Deutschland



Zentralverband des
Deutschen Baugewerbes



Zentralverband
des Deutschen
Dachdeckerhandwerks



Zentralverband der
Deutschen Elektro- und
Informationstechnischen
Handwerke



Zentralverband
Raum und Ausstattung



Zentralverband
Sanitär Heizung Klima



Zentralverband
Werbetchnik

Die Bundesvereinigung Bauwirtschaft ist der Zusammenschluss des deutschen Bau- und Ausbauhandwerks. Sie vertritt in 16 Verbänden die Interessen von annähernd 385.000 mittelständischen Betrieben mit 3,3 Mio. Beschäftigten und einem Jahresumsatz von insgesamt mehr als 300 Mrd. Euro.

Anrede

Vor genau drei Monaten, Anfang Dezember 2017, haben wir ein erstes Fazit zum Baujahr 2017 gezogen. Es war über die Erwartungen, die wir zum Jahresbeginn 2017 hatten, positiv gezeichnet.

Das preisbereinigte BIP stieg im vierten Quartal 2017 um 2,3 % und damit noch einmal über das Niveau des dritten Quartals. Man kann also im wahrsten Sinne des Wortes von einem Schlussspurt im letzten Quartal 2017 sprechen.

Angesichts der nachhaltigen Konjunktorentwicklung ist ein günstiges Investitionsklima gegeben.

So überrascht es nicht, dass auch die Bauinvestitionen nach ersten Daten des Statistischen Bundesamtes mit einer Steigerung um real 2,6 % im gesamten Jahresverlauf 2017 die hervorragende Performance aus 2016 fortsetzen.

Wir haben daher guten Grund anzunehmen, dass die im Dezember 2017 für den Bereich der Bundesvereinigung Bauwirtschaft prognostizierte Umsatzentwicklung für 2017 von +3,3 % auf ca. 316 Mrd. Euro trägt.

Daran haben die Unternehmen im Bereich des Bauhauptgewerbes und des Galabaus, die ca. 820.000 Personen beschäftigen, mit einem Plus von über 4 % auf fast 104 Mrd. Euro herausragenden Anteil. Hier schlägt sich die intensive Neubautätigkeit in allen Bausparten nieder.

So rechnen wir damit, im Wohnungsbau in 2017 gut 300.000 Wohnungen insgesamt fertiggestellt zu haben. Dies bedeutet eine Steigerung um ca. 8 bis 10 %. Im Neubaubereich werden es bei den Ein- und Zweifamilienhäusern mit 100.000 bis 105.000 Wohnungen fast so viele wie im Vorjahr gewesen sein. Im mehrgeschossigen Wohnungsneubau erwarten wir eine Steigerung um 15% bis 20% auf 135.000 bis 140.000 Wohneinheiten. Hinzu kommen mindestens 20.000 Wohnungen in Wohnheimen, in 2016 waren es noch gut 14.000 (+ 40 %).

Im Wirtschaftsbau führt die Zunahme der Erwerbstätigkeit zu einem erhöhten Bedarf an Büroflächen. Wegen der hohen Kapazitätsauslastung wurden aber auch mehr Nutzflächen an Industrie- und Lagergebäuden nachgefragt.

Die öffentliche Hand kann Dank positiver Finanzierungssalden eine jahrelange Investitionszurückhaltung aufgeben und endlich wieder in die eigene Infrastruktur investieren. So haben wir aufgrund des Investitionshochlaufes des Bundes bei der Verkehrsinfrastruktur und des Kommunalförderfonds bereits in 2017 einen deutlichen Nachfrageschub verspürt.

Der Bereich Ausbau, zu dem die Verbände der Maler, des Tischler- und Schreinerhandwerks, des Metallbaus und der Raumausstatter mit ihren ca. 850.000 Beschäftigten gehören, war in 2017 von einer soliden Stabilisierung der Nachfrage und Umsatzentwicklung um + 2,8 % auf nahezu 86 Mrd. Euro gekennzeichnet. Private Auftraggeber sowie der Renovierungs- und Sanierungsbedarf einschließlich der auf Energieeinsparung zielenden Sanierungen prägen die Branchenkonjunktur in diesem Bereich.

Der Bereich Gebäudetechnik steht mit gut 1,6 Mio. für ca. 50 % der Beschäftigten in der BVB. Hierzu zählen der ZVSHK (Sanitär, Heizung, Klima) mit 360.000, der ZVEH (Elektro) mit fast 500.000 und das Gebäudereinigerhandwerk mit 685.000 Beschäftigten.

Dieser stark dienstleistungsorientierte Bereich kommt in 2017 auf ein Umsatzwachstum um 3 % auf knapp 126 Mrd. Euro. Die Nachfrage kommt dank der guten Konjunkturlage derzeit sowohl aus dem Wirtschaftssektor als auch dem privaten Bereich.

Die Mitgliedsunternehmen der BVB sind mit großer Zuversicht in das Jahr 2018 gestartet. Dazu geben sowohl die konjunkturelle Lage als auch die guten Witterungsbedingungen Anlass, auch wenn der Winter noch einmal kräftig zugeschlagen hat.

Die deutsche Wirtschaft geht in das fünfte Jahr eines Aufschwunges. Für 2018 erwarten die meisten Forschungsinstitute ein fortgesetztes BIP Wachstum von real über 2 %. Auch in der mittelfristigen Sicht, die für Investitionsimpulse besonders wichtig ist, bleiben die Wachstumsszenarien erhalten. Der Sachverständigenrat sieht die Wirtschaft allmählich in einer Boomphase.

Die hohe Nachfrage schlägt sich auch in Umfragewerten zur Geschäftslage und den Erwartungen unserer Verbände nieder. Insgesamt erwarten wir für die Mitgliedsunternehmen der BVB in 2018 ein fortgesetztes Umsatzwachstum in einer Größenordnung von +2,6 % auf nahezu 324 Mrd. Euro. Treiber bleibt die Neubautätigkeit.

Das Bauhauptgewerbe und der GaLabau werden mit einem Umsatzwachstum von gut 3 % auf 107 Mrd. Euro Schrittmacher bleiben. Die Dynamik fällt etwas verhaltener als im Vorjahr aus, weil der Wohnungsbau keinen ganz so großen Sprung mehr machen dürfte. So zeigt sich im Ein- und Zweifamilienhausbau eine Stabilisierung der Nachfrage bei gut 100.000 Wohnungen. Allein im Mehrfamilienhausbau dürften Wachstumsraten zu erzielen sein. Hier rechnen wir mit rund 175.000 Wohnungen, die neu auf den Markt kommen.

Weitere Impulse könnten im Wohnungsbau durch eine zügige Umsetzung der Beschlüsse der Koalitionsvereinbarung entstehen. Hier sehen wir vor allen Dingen die angedachten Maßnahmen

- zur Baulandbereitstellung (steuerlich wirksame Reinvestitionsmöglichkeiten für Landwirte und Grundsteuer C)
- zur Wohneigentumsbildung (Baukindergeld und Freibetrag bei der Grundsteuer) und
- zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung.

Impulse werden im Bauhauptgewerbe weiter von der öffentlichen Hand und deren beabsichtigter Verstärkung der Investitionsmittel gesetzt. Angesichts eines Haushaltsüberschusses von 36 Mrd. Euro sollten hier ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

Die Unternehmen im Bereich Ausbau erwarten für 2018 eine Umsatzsteigerung um 2 % auf 88 Mrd. Euro. Weiteres Steigerungspotential ist auch hier aus der Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus gegeben.

Im Bereich Gebäudetechnik erwarten unsere Mitgliedsverbände ein Umsatzwachstum in 2018 von +2,4 % auf 129 Mrd. Euro. Dieser Bereich profitiert sowohl von der Bautätigkeit (Sanitär, Heizung, Klima und Elektrik) als auch von Dienstleistungen (Gebäudereiniger, Schornsteinfeger und Werbetechnik). Der Bereich ist damit sozusagen gut diversifiziert.

Ohne einen weiteren Zuwachs an Beschäftigung werden die prognostizierten Ziele nicht zu erreichen sein. Wir rechnen mit dem Zugewinn von 35.000 Beschäftigten (+ 1 %) auf 3.305.000. Seit 2011 hätten wir damit das Personal insgesamt um ca. 220.000 Beschäftigte aufgebaut.

Die Fachkräftesicherung in unseren Gewerken wird im Wettbewerb mit anderen Branchen allerdings eine immer größere Herausforderung.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich ganz kurz noch auf einige politische Themen eingehen, die uns beschäftigen.

Fangen wir mit dem aktuellsten an:

seit Sonntag wissen wir, dass es eine GroKo geben wird. Nun hoffen wir auf eine schnelle Regierungsbildung.

Denn – man glaubt es kaum – aber jede Woche ohne reguläre Bundesregierung ist eine verlorene Woche. Sie werden sich sicher fragen warum?

Das bezieht sich z.B. auf die Bundesinvestitionen in den Straßenbau. Denn eine geschäftsführende Bundesregierung kann zwar Gelder für laufende Projekte freigeben, aber keine neuen ausschreiben, vor allem weil es keinen beschlossenen Bundeshaushalt 2018 gibt.

Jetzt stehen theoretisch 13 Mrd. Euro im Bundeshaushalt für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung – aber das Geld kommt nicht auf die Straße.

Höchstwahrscheinlich werden wir erst im Mai einen Haushaltsentwurf und einen verabschiedeten Haushalt nach der Sommerpause haben, d.h. im September / Oktober. Dann erst können neue Straßenbauvorhaben ausgeschrieben werden und dann kann in diesem Jahr nur noch im November und Dezember gebaut werden. Das sind nicht die idealen Monate für den Straßenbau.

Am Ende bleiben womöglich vier Milliarden Euro im Topf – und dann heißt es: Seht ihr, nun haben wir so viele Milliarden locker gemacht, und ihr könnt es nicht verbauen.

Ähnlich verhält es sich bei den Programmen zur energetischen Gebäudesanierung und zum altersgerechten Umbau.

Daher freuen wir uns nun auf eine neue Regierung, die die Dinge entschlossen anpackt.

Seit vergangener Woche hängt nun das Damoklesschwert „Fahrverbot“ über uns.

Wir appellieren dringend an die politisch Verantwortlichen, hier bundesweit einheitliche Regelungen zu schaffen, damit man wenigstens Rechtssicherheit hat.

Gleichzeitig fordern wir umfassende Ausnahmegenehmigungen für unsere Branche.

Denn wie sollen wir zu unseren Baustellen kommen? Wie sollen wir unsere Kunden erreichen, wenn wir nicht mehr in die Innenstädte fahren dürfen?

Wie sollen wir dringend benötigte Wohnungen bauen, wie Straßen erneuern, wie die Klimawende bauen?

Das alles geschieht ja nicht auf der grünen Wiese, sondern vielfach in den Innenstädten.

Hinzu kommt, dass Baumaschinen und vor allem unsere Transporter Dieselfahrzeuge sind und es derzeit keine vernünftigen Alternativen dazu gibt.

Hier appellieren wir an die politisch Verantwortlichen, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Vor allem brauchen wir keinen Flickenteppich an Regelungen. Zurzeit könnte in 66 Kommunen ein Fahrverbot verhängt werden. Wir brauchen aber maximal eine einheitliche Regelung und keine 66 verschiedenen.

Den vorgelegten Koalitionsvertrag bewerten wir mit Licht und Schatten.

Die Investitionsansätze, egal ob für die Verkehrsinfrastruktur, die Kommunen oder den Wohnungsbau, sind uneingeschränkt positiv zu beurteilen.

Aber es bleibt abzuwarten, was davon tatsächlich umgesetzt wird.

Denn auf eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung warten wir schon seit Jahren. Sie stand schon zweimal auf der Agenda und wurde jedes Mal vom Bundesrat gestoppt. Hoffen wir also, dass es dieses Mal gelingt.

Uneingeschränkte Zustimmung auch zu den Plänen, eine Altersvorsorgepflicht für Selbstständige einzuführen; kann sie doch, verbunden mit einer Krankenversicherungspflicht, die noch zu ergänzen wäre, zu einem faireren Wettbewerb am Bau beitragen.

Einen großen Wermutstropfen gibt es jedoch: das ist die Tatsache, dass Bauen und Verkehr weiterhin getrennt bleiben; schlimmer noch, dass das B aus dem BMUB in das BMI wandert und wir ein BMIB bekommen oder mit Heimat BM HIB werden.

Aber Spaß beiseite: Obwohl gerade hier in Bayern der Bau schon seit langem zum Innenministerium gehört – und die bayerische Bauverwaltung nicht die Schlechteste der Republik ist – wir haben uns etwas anderes gewünscht, aber es ist nun mal nicht zu ändern.

Wir regen vor diesem Hintergrund aber an, zumindest einen eigenständigen Bauausschuss im Bundestag einzurichten. Denn sonst beschäftigen sich Innenpolitiker mit Baufragen. Und ob das zielführend ist, bleibt fraglich.

Unter'm Strich betrachtet blicken wir zuversichtlich nach vorne. Noch liegen immense Bauaufgaben vor uns, man denke nur an die 1,5 Mio. Wohnungen, die die neue Bundesregierung mit ihrer Wohnungsbauoffensive auf den Markt bringen möchte.

Die gesamte öffentliche Infrastruktur muss erhalten, z.T. erneuert und ausgebaut werden.

Und eine prosperierende Wirtschaft benötigt ebenfalls Gebäude.

Auch die Digitalisierung braucht zunächst einmal Bauaufgaben, um Breitband flächendeckend überhaupt zu ermöglichen.